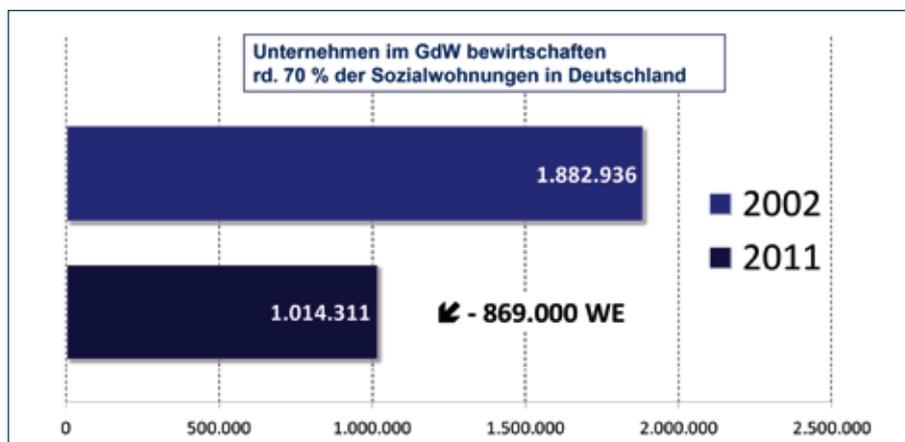


Inhalt

- 3 Klimaschutz:** Die großen Wohnsiedlungen spielen bei der klimagerechten Innenentwicklung der Städte eine Vorreiterrolle, so das Fazit einer Tagung in Nürnberg.
- 5 Kabelfernsehen:** ARD und ZDF haben ihre Verträge mit den Netzbetreibern Kabel Deutschland, Unitymedia und Kabel Baden-Württemberg zum 31. Dezember 2012 gekündigt.
- 5 Berlin-Brandenburg:** Beim Parlamentarischen Abend 2012 des BBU standen Neubau, Stadtumbau Ost und Klimaschutz im Mittelpunkt der zahlreichen Gespräche.

Wohnen in Deutschland kostet immer mehr – GdW-Präsident fordert Klimakomponente bei Hartz IV

Berlin – Die Investitionen in den Wohnungsbestand und -neubau steigen, mehr Wohnungen wurden energetisch saniert und der Leerstand sinkt. Auf seiner Jahrespressekonferenz hat der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen am 18. Juni 2012 in Berlin eine positive Bilanz vorgelegt. Die im Zuge der Energiewende notwendige energetische Sanierung macht das Wohnen insbesondere für untere Einkommensschichten jedoch zunehmend unbezahlbar – gleichzeitig gibt es immer weniger sozialen Wohnraum. Hier ist die Politik gefordert, einen massenweisen Umzug von Hartz IV-Empfängern, die sich nach einer energetischen Sanierung ihrer Wohnung die Miete nicht mehr leisten können, zu verhindern.



Immer weniger Sozialwohnungen: Bei den GdW-Unternehmen hat die Zahl der Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung im vergangenen Jahrzehnt bundesweit stark abgenommen.

Die Jahresbilanz des GdW – Teil 2:

21 Prozent aller Mieterhaushalte erhalten staatliche Leistungen

Rund 4,5 Millionen Mieterhaushalte in Deutschland werden vom Staat finanziell unterstützt, damit sie sozial abgesichert wohnen können. Das entspricht 21 Prozent aller Mieterhaushalte. In den westdeutschen Bundesländern ist diese Quote etwas niedriger und liegt bei 19 Prozent. In den ostdeutschen Bundesländern erhalten dagegen 26 Prozent der Haushalte eine solche staatliche Unterstützung.

Rund 3,3 Millionen Mieterhaushalte bekommen die Unterstützung in Form der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Sozialgesetzbuch/SGB II). Das entspricht staatlichen Ausgaben von circa 13,66 Milliarden Euro jährlich. 396.000 Haushalte werden über die sogenannte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) versorgt. 76.000 Haushalte erhalten Sozialhilfe (SGB XII) und 776.000 Wohngeld. Insgesamt lagen die Ausgaben des Staates für die Leistungen zur sozialen Absicherung des Wohnens damit bei über 16 Milliarden Euro.

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Haushalt 2013 beschlossen

Das Bundeskabinett sieht mit dem Haushaltsbeschluss vom 27. Juni 2012 für die Städtebauförderung 2013 einen Verpflichtungsrahmen von 455 Millionen Euro vor. Damit bleibt das Programm auf dem Niveau von 2012. Beim Energie- und Klimafonds (EKF) stehen für 2013 die geplanten 1,5 Milliarden Euro für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm vollständig zur Verfügung. Die Mittel für die Gebäudesanierung werden damit ausschließlich aus dem EKF bereitgestellt. Bei der Sozialen Wohnraumförderung ist eine Entscheidung erst für den kommenden Herbst vorgesehen. (wi)

Über ein Drittel der Wohn-Neubauten mit Erneuerbaren beheizt

In 34,4 Prozent der 2011 fertiggestellten Wohngebäude ist eine Heizanlage installiert, die erneuerbare Energien verwendet. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes liegen die erneuerbaren Energieträger somit auf Platz zwei hinter Gas, das in 52,6 Prozent der Neubauten als überwiegender Energieträger für die Heizung eingesetzt wird. Die übrigen Energieträger wie zum Beispiel Öl, Strom oder Fernwärme erreichen zusammen 13 Prozent. (wi)

Zahl der Bauanträge steigt

Im April 2012 sind die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im Vergleich zum April 2011 preisbereinigt um 7,3 Prozent gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, nahm dabei die Baunachfrage im Hochbau um 10,8 Prozent und im Tiefbau um 3,7 Prozent zu. (wi)

➔ Fortsetzung von Seite 1

„Schon heute müssen zahlreiche Menschen vom Staat unterstützt werden, damit sie ihre Wohnkosten finanzieren können“, so Axel Gedaschko. „Wenn im Zuge der Energie- wende auch die energetische Sanierung der Gebäude vorangeht, müsse sich die Politik im Klaren sein, dass an dieser Schnittstelle eine höhere Förderintensität nötig sein wird. „Es ist beispielsweise an eine Klimakompo- nente zu denken, die auch bei der Über- nahme der Kosten der Unterkunft bei Hartz IV greift und verhindert, dass Menschen, die Hartz IV beziehen, nach einer energetischen Sanierung ihrer Wohnung umziehen müssen, weil die höheren Kosten nicht mehr getragen werden können“, so der GdW-Chef.

Deutlich weniger Sozialwohnungen – Wohnraumförderung fortsetzen

Bundesweit gibt es immer weniger Sozial- wohnungen. Waren es im Jahr 2002 noch rund 2,57 Millionen Wohnungen mit Preis- bindung, verringerte sich die Zahl schon im Jahr 2008 um 716.924 Wohneinheiten und lag nur noch bei rund 1,85 Millionen Woh- nungen. Aktuelle Zahlen des GdW unter- streichen diesen Trend. Im Jahr 2011 gab es bei den GdW-Unternehmen insgesamt nur noch 1.014.311 Wohnungen mit Miet- preis- oder Belegungsbindung. Das sind rund 39.100 Wohnungen weniger als noch in 2010. „Diesem Minus stehen nur 2.627 Woh- nungen gegenüber, die im Jahr 2011 mit Mietpreis- oder Belegungsbindung, also als ‚Sozialwohnungen‘ neu errichtet wur- den“, kommentierte Axel Gedaschko die Entwicklung. „Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf. Es gibt besonders in eini- gen Ballungsregionen zu wenig Wohnun- gen, um auch sozial schwächer gestellte Menschen weiterhin ausreichend versorgen zu können“, so Gedaschko. „Daher müssen die Bundesmittel für die Wohnraumförde- rung auch nach 2013 in mindestens glei- cher Höhe von 518 Millionen Euro pro Jahr fortgesetzt werden“, mahnte der GdW-Präsident. Sonst drohten erhebliche soziale Probleme in den Quartieren, bis hin zu einer sozialen Segregation. Der demografische Wandel, die Notwendigkeit energetischer Sanierungen im Gebäudebestand und der strukturelle Wandel der Wohnungsmärkte, der sich regional unterschiedlich vollzieht, erforderten ein höheres Maß an Engage- ment in der Förderpolitik.

Baugenehmigungen und Baufertigstel- lungen bundesweit gestiegen

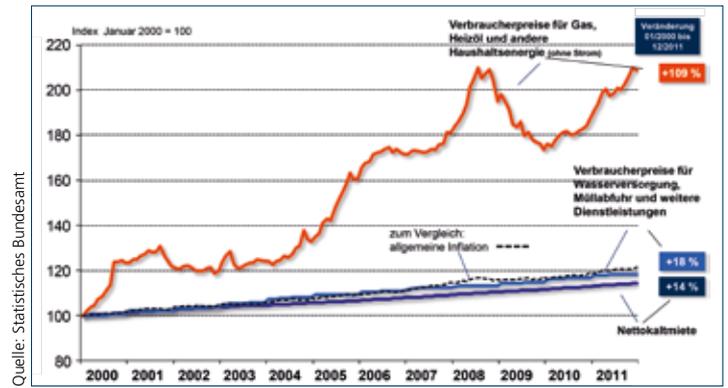
Im Jahr 2011 wurde in Deutschland der Bau von 228.400 Wohnungen genehmigt. Die Baugenehmigungen sind damit um 21,7 Prozent gestiegen. Der positive Trend des Jahres 2010 (+ 5,5 Prozent gegenüber 2009) setzte sich damit fort und steigerte sich im Laufe des Jahres 2011 deutlich.

Seit Anfang der 1990er Jahre hat es keinen derarti- gen Anstieg der Bautätigkeit mehr gegeben. Die Entwicklung bei den Bauge- nehmigungen lässt erwarten, dass im Laufe des Jahres 2012 erstmals auch bei den fertig gestellten Wohn- ungen die 200.000-Marke wieder überschritten wird. „Dennoch ist die Bautätigkeit in den Jahren 2007 bis 2010 auf ein Niveau abgesunken, das deutlich unter dem langfristigen Neu- baubedarf lag“, erklärte GdW-Präsident Axel Gedaschko. Mit der 2011 erreichten Zahl der Baugenehmigungen liegt die Bau- tätigkeit wieder innerhalb des Zielkorridors langfristiger Wohnungsbedarfsprognosen. Damit hat sich in den vergangenen fünf Jahren ein Nachholbedarf von mindesten 150.000 Wohneinheiten aufgebaut.“

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) prognostizierte für die Jahre 2010 bis 2015 einen jährlichen Neubaubedarf von rund 200.000 Wohn- einheiten. In wirtschaftlich dynamischen Ballungsgebieten wie Hamburg, München oder dem Rhein-Main-Gebiet ist daher schon jetzt mit einem akuten Wohnungs- mangel zu rechnen. Der GdW appelliert an die Politik, den Wohnungsbau in den Bal- lungsregionen zielgerichtet zu fördern, um eine Wohnungsknappheit und damit auch für viele Mieter untragbar hohe Preise zu verhindern. Dies könne insbesondere durch das Bereitstellen von preiswerten Bau- grundstücken in ausreichendem Umfang geschehen, so Gedaschko. Auch dürfte es keine Verschärfung der Auflagen für den Neubau im Rahmen der geplanten Energie- einsparverordnung 2012 geben.

Wohnkosten in Deutschland steigen

Die Kosten für das Wohnen in Deutsch- land steigen weiter an. Dabei gibt es je nach Kostenart deutliche Unterschiede in der Höhe des Anstiegs. Die Nettokaltmie- ten sind bundesweit seit dem Jahr 2000 nur um 14 Prozent gestiegen, der Lebens- haltungsindex hat sich dagegen deutlich erhöht (+ 22 Prozent). Die Preise für die kalten Betriebskosten – dazu gehören Was- serversorgung, Müllabfuhr und andere Dienstleistungen – sind im gleichen Zeit- raum um 18 Prozent nach oben geklettert. Größter Preistreiber bei den Wohnkosten sind aber weiterhin eindeutig die Ener- giepreise. Die Verbraucherpreise für Gas,



Entwicklung der Verbraucherpreise für das Wohnen – Nettokaltmieten, Wohnungsbetriebskosten, Haushaltsenergie, Indexwerte

Heizöl und andere Haushaltsenergie (Strom ausgenommen) sind seit dem Jahr 2000 um über 109 Prozent gestiegen. Nachdem die Energiepreise im Zuge der Finanzkrise durch den Abbau des spekulativ überhöhten Preisniveaus kurzfristig gesunken waren, gehen sie mittlerweile wieder deutlich nach oben. Allein im Jahr 2011 um 11 Prozent. Besonders stark war die Preis- erhöhung beim Heizöl, das sich im Jahr 2011 um 25 Prozent verteuerte. Die Strom- kosten stiegen im Jahr 2011 um sieben Prozent.

GdW-Betriebskosten nur moderat und deutlich unter Durchschnitt gestiegen

Die Betriebskosten haben sich bei den GdW-Unternehmen im Vergleich zu den Preissteigerungen bei den einzelnen Kos- tenarten nur relativ geringfügig erhöht. Die Mieter mussten für die kalten Betriebs- kosten im Jahr 2011 durchschnittlich 1,39 Euro pro Quadratmeter vorauszahlen. Die Vorauszahlungen bei den warmen Betriebs- kosten sind von 2010 auf 2011 nur um 1,1 Prozent angestiegen und liegen jetzt bei 1,09 Euro pro Quadratmeter. Diese Voraus- zahlungen spiegeln die Kostenentwicklung im Abrechnungsjahr 2009/2010 wider, in dem der Anstieg der Energiepreise bedingt durch die Wirtschaftskrise äußerst gering war. Auch im längerfristigen Vergleich liegt der Anstieg der Betriebskosten bei den GdW-Unternehmen unterhalb der bundes- weiten Teuerungsrate für Energie (Verbrau- cherpreisindex). Während sich die warmen Betriebskosten bei den GdW-Unternehmen in den Jahren 2003 bis 2011 um 27 Prozent erhöht haben, erhöhten sich die Preise bei den dafür relevanten Kostenarten um 51 Prozent. Die kalten Betriebskosten sind bei den GdW-Unternehmen im gleichen Zeit- raum wie im bundesweiten Durchschnitt um 10 Prozent gestiegen. „Diese deutli- chen Einsparungen sind sowohl durch ein sparsameres Verhalten der Mieter beim Energieverbrauch, als auch durch die vor- genommenen energetischen Sanierungen zu erklären“, so Gedaschko.

Weiter auf Seite 3 ➔

Wohnsiedlungen leisten einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz – Tagung des „Kompetenzzentrums Großsiedlungen“ in Nürnberg

Nürnberg – Bei der klimagerechten Innenentwicklung der Städte spielen die großen Wohnsiedlungen, die seit den 1920er Jahren für breite Schichten der Bevölkerung errichtet wurden, eine Vorreiterrolle – so das Fazit der Nürnberger Tagung des „Kompetenzzentrums Großsiedlungen“ am 21. Juni 2012. Anliegen der Veranstaltung mit rund 80 Akteuren aus Wohnungs- und Bauwirtschaft, Bürgerschaft, Politik und Planungsbüros war der bundesweite Austausch darüber, welchen besonderen Beitrag die großen Wohngebiete zu Klimaschutz und Energieeinsparung leisten können – und zwar so, dass die gefundenen Lösungen für die Bauherren wirtschaftlich tragbar und für die Mieter bezahlbar sind.

Lutz Basse, Vorstandsvorsitzender der SAGA GWG Hamburg, wies auf den zentralen Beitrag der Wohnsiedlungen für die integrierte Stadtentwicklung hin. Die Mehrzahl der Hamburger Mieter lebe in Wohnsiedlungen. Ohne deren behutsame Erneuerung und Weiterentwicklung sei weder eine verantwortungsvolle soziale Wohnraumversorgung zu gewährleisten, noch ein stadtstrukturell bedeutsamer Beitrag zum Klimaschutz und zur Energiewende zu erbringen. Für eine sozialverträgliche Erneuerung der Wohnsiedlungen sei die Politik gefordert, betonte **Xaver Kroner**, Verbandsdirektor des VdW Bayern. Es ging nicht an, dass die An-

forderungen im Bereich der Energieeffizienz, des barrierefreien Bauens et cetera immer höher geschraubt würden und die Förderung hinter dem für bezahlbares Wohnen erforderlichen Maß zurückbleibt. Dr. **Ulrich Hatzfeld** vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung schilderte die Initiativen des Bundes zur Unterstützung des klimagerechten Stadtumbaus in den großen Wohnsiedlungen. Vor allem das neue Programm der KfW Bankengruppe zur energetischen Stadtanierung wäre geeignet, um auf der Ebene ganzer Wohnquartiere die gebäudebezogene Erneuerung zu unterstützen.

Als Vereinsvorsitzender des Kompetenzzentrums wies Dr. **Bernd Hunger** darauf hin, dass Klimaschutz und Energiewende einen neuen Blick auf die Zukunftschancen der großen Wohnsiedlungen bewirkt haben. Die auf der Konferenz vorgestellten Beispiele aus Nürnberg, Wernigerode und Hannover hätten gezeigt, wie kreativ und effektiv die großen Siedlungen energetisch erneuert werden können, allerdings nicht zum Nulltarif. (hung) ■

➔ *Anlässlich der Konferenz ist die Publikation „Klimaschutz und Energiewende – das Potenzial der großen Wohnsiedlungen“ erschienen. Sie kann unter info@gross-siedlungen.de kostenfrei bestellt werden.*

NACHGEFRAGT

Dr. Bernd Hunger
GdW-Referent für Wohnungs- und Städtebau



Foto: Sebastian Schobbert

Wieso tut sich die Öffentlichkeit so schwer, die großen Wohnsiedlungen positiv wahrzunehmen? Woher die Vorurteile?

Hunger: Der Architekturkritiker Wolfgang Kil hat es auf unserer Konferenz treffend beschrieben: Diejenigen, die über die Siedlungen schreiben beziehungsweise filmen und das öffentliche Meinungsbild beeinflussen, wohnen in der Regel nicht dort. Da sie den dortigen Lebensalltag kaum kennen, reproduzieren sie Bilder und Meinungen, die sich seit den 1970er Jahren verfestigt haben.

Immer wieder vorgeführt wird eine Handvoll großer Siedlungen, die in den 1980er Jahren aufgrund hoher Dichte und verfehlter Belegungspolitik zu sozialen Brennpunkten geworden sind.

Das heißt, wenige Bilder führen zu einer insgesamt verzerrten Wahrnehmung?

Hunger: Das ist leider so. Horrorszenarien kommen besser an als Erfolgsgeschichten. Schablonen und Klischees sind einfacher vermarktbar als differenzierte Betrachtungen. Mit der Mehrheit der seit den 1920er Jahren entstandenen, sozial stabilen und durchgrünten Siedlungen in Ost wie West haben die gern verwendeten Bilder grauer Betonsilos und beklemmender Angsträume nichts zu tun. Ärgerlich ist, dass das vielerorts seit-

her stattgefundenere erfolgreiche Erneuerungsgeschehen gern ausgeblendet bleibt und stattdessen immer wieder die gleichen Stereotype wiederholt werden.

Was kann man gegen die nach wie vor vorhandene Tendenz zur Stigmatisierung der Siedlungen tun?

Hunger: Dagegen anzugehen heißt, ein dickes Brett zu bohren. Und zwar durch möglichst vielfältiges Publizieren, durch das Angebot von Rundgängen und Erfahrungsaustauschen oder durch innovative Projekte, die Aufsehen erregen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen. Genau das ist die recht mühselige aber lohnenswerte Aufgabe, der sich das Kompetenzzentrum Großsiedlungen stellt.

➔ Fortsetzung von Seite 2

Der mittlere, witterungsbereinigte Energieverbrauch für Raumwärme und Warmwasser der GdW-Wohnungen liegt bei 143 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr. Das haben Berechnungen des GdW aus dem letzten Jahr ergeben. Damit liegt der Energieverbrauch der GdW-Unternehmen 21 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt aller Wohnungen. Bundesweit liegt der Energieverbrauch der Haushalte für Raumwärme und Warmwasser nach Angaben des Bundeswirtschaftsministe-

riums und der Destatis-Wohnflächenfortschreibung im Durchschnitt bei 181 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr.

GdW-Mieten liegen im Schnitt bei 4,96 Euro pro Quadratmeter

Die Nettokaltmieten sind in den GdW-Unternehmen von 2010 auf 2011 um zwei Prozent auf 4,96 Euro pro Quadratmeter gestiegen. Wegen der umfangreichen – maßgeblich energetischen – Modernisierung der Wohngebäude ist dieser Anstieg

etwas stärker als die Mietsteigerung im Bundesdurchschnitt für alle Wohnungen (1,2 Prozent). Das Mietniveau ist bei den GdW-Unternehmen insgesamt jedoch sehr moderat. Darüber hinaus steigen die Kaltmieten langsamer als die warmen Betriebskosten. (burk) ■

➔ *Mehr zu den Themen Leerstandsentwicklung, energetische Sanierung sowie altersgerechter Umbau erfahren Sie in der nächsten Ausgabe der wi – alle Materialien zur Jahrespressekonferenz 2012 finden Sie unter www.gdw.de/pressecenter*

Bundswirtschaftsministerium erhöht Zuschüsse zur Energieberatung

Berlin – Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) erhöht zum 1. Juli 2012 die Zuschüsse für die qualifizierte Energieberatung in Wohngebäuden. Die sogenannte „Vor-Ort-Beratung“ in einem Ein- bis Zweifamilienhaus wird künftig mit einem Zuschuss bis zu 400 Euro gefördert, bei Wohngebäuden ab drei Wohneinheiten sind es maximal 500 Euro. Zusätzlich können eine Stromeinsparberatung mit 50 Euro und eine thermografische Untersuchung mit bis zu 100 Euro unterstützt werden.

An Energieberater werden künftig höhere Qualifikationsanforderungen gestellt. Alle Berater, die in der Energie-Effizienz-Expertenliste für die Förderprogramme des Bundes eingetragen sind, müssen regelmäßig Fortbildungen nachweisen. Ebenso müssen Energieberater ab jetzt nach einer Gebäudeanalyse ein individuelles Sanierungskonzept und einen Maßnahmenfahrplan entwickeln. Dem Eigentümer soll es erleichtert werden, den Standard eines energiesparen-

den Effizienzhauses auch in Einzelschritten zu erreichen. Das Programm kann von Privatpersonen und von kleinen und mittleren Unternehmen genutzt werden. Gefördert werden Beratungen in Wohngebäuden, für die der Bauantrag vor dem 31. Dezember 1994 gestellt wurde. Anträge werden vor Beginn der Beratung vom Energieberater beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt. Nähere Informationen zum Programm sind abrufbar

unter www.bafa.de. Qualifizierte Energieberater für eine Vor-Ort-Beratung und Fachleute für eine von der KfW Bankengruppe geförderte Planung und Baubegleitung energetischer Sanierungsvorhaben finden sie auf der Internetseite www.energie-effizienz-experten.de. (schll/schi) ■

► **Die geänderte Richtlinie finden Sie im amtlichen Teil unter www.bundesanzeiger.de**

Energetische Gebäudemodernisierung: Zwei Studien präsentieren Förderinstrumente zur Steigerung der Sanierungsrate in Deutschland

Berlin – Die Heinrich-Böll-Stiftung hat zwei Studien vorgelegt, die sich mit der energetischen Gebäudesanierung befassen. Beide Studien untersuchen Förderinstrumente beziehungsweise Investitionsstrategien.

Die erste Studie „*Neue Finanzierungsmodelle für einen klimaneutralen Gebäudebestand*“ vergleicht vier Förderinstrumente miteinander und empfiehlt ein sogenanntes Prämienmodell, das vergleichbar zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als Umlagesystem konzipiert ist. Es belastet also nicht den Bundeshaushalt – aber die Nutzer fossiler Energien. Damit wird ein dynamischer Investitionsfluss generiert, der nicht von politischen Mehrheiten abhängt – ein entscheidender Schritt hin zu mehr Investitionssicherheit. Denn bislang sei das entscheidende Investitionshemmnis bei tiefgreifenden Investitionen die mangelnde Investitionssicherheit, so die Studie, die vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. in Berlin verfasst wurde.

Die zweite Studie mit dem Titel „*Mit EKO-*

Quartieren zu mehr Energieeffizienz“ entwickelt für die Sanierung der Gebäudehülle in Kombination mit einer regenerativen Wärmeversorgung ein eigenes, gebietsbezogenes Förderprogramm. Das Programm soll so ausgestattet sein, dass Stadtquartiere anspruchsvoll und gleichzeitig warmmietenneutral saniert werden können. Erstellt wurde die Studie vom Architekturbüro „plan zwei“ in Hannover.

„Uns ist durchaus klar, dass wir uns mit Vorschlägen, die auf neue Umlagen oder Förderprogramme zielen, gegenwärtig auf ein sehr umstrittenes Feld wagen“, erklärte Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, anlässlich der Vorstellung der beiden Studien in Berlin. „Uns geht es darum, im Bereich der Energieeffizienz und der regenerativen Wärme eine ähnliche Dynamik

auszulösen, wie sie den Strombereich schon heute kennzeichnet. Eine solche Dynamik wird auf Dauer zu einem sinkenden Energiebedarf und damit auch zu geringeren Energierechnungen für private Haushalte führen.“ Der Gebäudebereich sei von zentraler Bedeutung für die Steigerung der Energieeffizienz. „Energieeffizienz ist bislang ein Stiefkind der Energiewende in Deutschland“, so Fücks. Dabei sei bekannt: Wenn nicht bis 2050 ein erheblicher Anteil der Primärenergie eingespart werde, die heute notwendig sei, um Strom und Wärme zu produzieren, drohe die Energiewende zu scheitern. (lorldrew/schi) ■

► **Mehr zu den beiden Studien erfahren Sie im Monat Juli. Die beiden Studien finden Sie unter www.boell.de/publikationen zum Download.**

LANDESPOLITIK

Michael Groschek neuer Bauminister in Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf – Der langjährige Generalsekretär der SPD in Nordrhein-Westfalen (NRW), Michael Groschek, ist von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft am 21. Juni 2012 zum neuen Bauminister des Landes berufen worden. Nach der Neuwahl in NRW wird das bisherige Wirtschaftsministerium in die beiden Ressorts Wirtschafts- und Industrieministerium

sowie Verkehrs- und Bauministerium aufgeteilt.

Der 55-Jährige Groschek war nach dem Studium der Wirtschafts- und Kommunikationswissenschaften zunächst in der Immobilienwirtschaft tätig. Ab 2000 war Groschek Landtagsabgeordneter in NRW, seit 2001 Generalsekretär der NRWSPD. Seit



Michael Groschek

2009 war er zudem als Bundestagsabgeordneter Mitglied im Verteidigungsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. (schi) ■

ARD und ZDF kündigen Einspeiseverträge mit großen Kabelnetzbetreibern – Hauptprogramme sind nicht betroffen

Berlin – ARD und ZDF haben ihre Verträge mit den Netzbetreibern Kabel Deutschland, Unitymedia und Kabel Baden-Württemberg zum 31. Dezember 2012 gekündigt. Die Einspeiseentgelte, die ARD, ZDF und kleinere Sender wie Arte für die Kabeleinspeisung an diese Netzbetreiber zahlen, werden auf etwa 60 Millionen Euro pro Jahr geschätzt. Bei der sogenannten KEF-Bedarfsanmeldung für ihre Etats in der neuen Gebührenperiode ab 2013 hatten ARD und ZDF diese Kosten nicht mehr angegeben und damit bereits eine Kündigung der Verträge mit den Kabelunternehmen angedeutet.

ANALYSE

Dr. Claus Wedemeier
GdW-Referent
für Multimedia und IT



Foto: Sebastian Schobbert

Das Verhalten der öffentlich-rechtlichen Sender ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer Umkehrung bisheriger Geschäftsmodelle. Noch bis vor wenigen Jahren erschien selbstverständlich, dass diese Sender wie auch viele private Sender für die Einspeisung und damit für die Nutzung fremder Infrastrukturen an die genannten Netzbetreiber zahlen. Andere, mittelständische Netzbetreiber haben vergleichbare Zahlungen hingegen nie erhalten. Private Sender haben indes einen weiteren Schritt zur Umkehrung des Geschäftsmodells vollzogen. Sie haben gegenüber diesen und weiteren Netzbetreibern bereits gegenläufige Zahlungen an Sender für jede an TV-Nutzer ausgegebene Smartcard zur Entschlüsselung der Programme durchgesetzt.

Die Zeche zahlt natürlich der Kunde.

Was sind die unmittelbaren Folgen der Kündigung für die TV-Zuschauer? Natürlich werden auch nach 2013 zumindest die Hauptprogramme von ARD, ZDF, Arte, KiKA, 3Sat, Phoenix und das jeweilige Dritte weiterhin empfangbar sein – selbst wenn es wider Erwarten keine rechtzeitige Einigung geben sollte. Ein Grund: Diese sowie weitere große und kleine private Sender müssen vorrangig eingespeist werden, sie sind durch eine sogenannte Must-Carry-Regel bei der Kabelbelegung durch Vorgaben der jeweiligen Landesmedienanstalten geschützt. Allerdings hat die Must-Carry-Regelung auch Grenzen. So wird Thomas Fuchs, der Vorsitzende der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK), in aktuellen Medienberichten mit der Aussage zitiert, dass sich aus dem Must-Carry-Status kein Anspruch auf kostenlose Verbreitung ergebe. „Die Medienanstalten werden die Kabelnetzbetreiber nicht anweisen, die öffentlich-rechtlichen Programme einzuspeisen, falls die nach der Kündigung geplanten Gespräche zwischen Sendern und Kabelnetzbetreibern nicht zu einer neuen

vertraglichen Einigung führen“, so Fuchs laut Medienmeldungen. Auf der Must-Carry-Liste der baden-württembergischen Landesmedienanstalt stehen beispielsweise die öffentlich-rechtlichen Kanäle ARD (Das Erste), ZDF, SWR, 3sat, Arte, Phoenix und Ki.KA sowie die Privatsender RTL, Sat.1, ProSieben, Vox, Kabel eins und eine Auswahl von Regionalsendern. Ähnlich sieht es auch bei der Vorgabe für Berlin durch die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) aus. Zu den vorrangig zu behandelnden Regionalsendern zählen hier TV.Berlin, Offener Kanal und Mischkanal.

Netzbetreiber und Sender müssen und werden also verhandeln. Beiden Seiten ist klar, dass Programme, für die ab 2013 sogar eine verpflichtende Haushaltsgebühr erhoben wird, auch verbreitet werden müssen. Im schlimmsten Fall könnte es dazu kommen, dass einige Dritte Programme der ARD oder die digitalen Spartensender von ARD und ZDF ganz oder teilweise nicht mehr in allen Kabelnetzen der genannten Betreiber verbreitet werden. Realistisch erscheint dieses Szenario jedoch derzeit nicht. ■

AUS DEN VERBÄNDEN

Parlamentarischer Abend 2012 in Berlin: Die Politik zu Gast beim BBU

Berlin – Zahlreiche prominente Gäste aus Politik und Verwaltung, gutes Essen und eine entspannte Atmosphäre: Der traditionsreiche Parlamentarische Abend des Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) wurde seinem Ruf als exklusives Get-together der Berliner und Brandenburger Politik erneut gerecht. Bei der Zusammenkunft im BBU-Stammhaus am 20. Juni 2012 standen Neubau, Stadtumbau Ost und Klimaschutz im Mittelpunkt der Gespräche.

„Wir wollen gemeinsam mit der Politik nach nachhaltigen Lösungen für die großen Herausforderungen suchen: Gutes und sicheres Wohnen für breite Schichten der Bevölkerung, die erfolgreiche Fortsetzung des Stadtumbau Ost und energetische Modernisierung. Immer stehen dabei der Mensch und seine Städte im Mittelpunkt. Wohnungspolitik ist deshalb immer auch Standortpolitik.“ Mit diesen Worten eröffnete BBU-Vorstandsmitglied **Maren Kern** den Abend für die rund 130 Gäste.

Brandenburgs Infrastrukturminister **Jörg Vogelsänger**, Berlins Stadtentwicklungssenator **Michael Müller** und Berlins Innensenator **Frank Henkel** konnten ebenso

begrüßt werden wie die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, **Dilek Kolat**. Aus der Senatsverwaltung kam unter anderem Senatsbaudirektorin **Regula Lüscher**. Unter den Gästen waren auch zahlreiche Mitglieder aus Landtag und Abgeordnetenhaus, darunter zahlreiche Vorsitzende sowie wohnungs-, stadtentwicklungs- und finanzpolitische Sprecher der jeweiligen Fraktionen. Auch aus der Berliner und Brandenburger Wirtschafts- und Verbändelandschaft konnte der BBU wieder hochrangige Vertreter unter seinen Gästen begrüßen. Kern unterstrich die besondere Bedeutung von Vertrauen für die erfolgreiche Arbeit des BBU: „Ein solches Ver-



Foto: BBU
Berlins Stadtentwicklungssenator Michael Müller (2.v.l.) mit Vertretern von BBU und Unternehmen

trauensverhältnis ist nicht selbstverständlich, sondern das Ergebnis lang geübter Erfahrungen im respektvollen Umgang miteinander. Das ist eine hervorragende Grundlage für das Angehen zentraler Zukunftsaufgaben.“ (ebelschi) ■

Aktueller Zahlenspiegel 06/2012

Rahmendaten zur Wohnungswirtschaft in Deutschland

Bevölkerung	1. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2011	2012	
Bevölkerungsstand (1.000 Einwohner)	81.732	81.849	+0,1%
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen Veränderung gegen Vorjahr auf Basis der Preise von 2000	1. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr preisbereinigt
	2011	2012	
Mrd. Eur; in jeweiligen Preisen			
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. EUR)	626,5	645,2	+1,7%
dar.: Bauinvestitionen (Anlageinvestitionen Bauten)	54,0	55,3	-0,5%
dar.: Wohnbauten	30,8	32,3	+2,1%
Verbraucherpreisindex (2005 = 100)	Mai		Veränderung gegen Vorjahr
	2011	2012	
Verbraucherpreisindex aller privaten Haushalte	110,5	112,6	+1,9%
Mietpreisindex (2005 = 100)	Mai		Veränderung gegen Vorjahr
	2011	2012	
Wohnungsmiete (einschl. Nebenkosten) insgesamt	107,2	108,3	+1,0%
Wohnungsmiete (inkl. Miete von Eigentumswohnungen)	107,0	108,2	+1,1%
Altbauwohnungen	107,9	109,2	+1,2%
Neubauwohnungen	106,9	108,0	+1,0%
Index der Mietnebenkosten (2005 = 100)	Mai		Veränderung gegen Vorjahr
	2011	2012	
Wasserversorgung	108,2	109,9	+1,6%
Müllabfuhr	104,8	103,9	-0,9%
Abwasser	109,3	109,3	+0,0%
Andere Nebenkosten	110,4	112,0	+1,4%
Index der Energiekosten (2005 = 100)	Mai		Veränderung gegen Vorjahr
	2011	2012	
Strom	140,1	143,3	+2,3%
Gas	122,7	130,7	+6,5%
Flüssige Brennstoffe	148,0	161,4	+9,1%
Feste Brennstoffe	123,9	127,5	+2,9%
Zentralheizung/Fernwärme	130,7	143,8	+10,0%
Baupreisindex (2005 = 100) (ohne Umsatzsteuer)	1. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2011	2012	
Bauleistungen (Neubau) am Wohngebäude	113,0	116,2	+2,8%
Rohbauarbeiten	112,8	116,0	+2,8%
Ausbauarbeiten	113,1	116,4	+2,9%
Baulandpreise (in EUR je qm)	3. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2010	2011	
Kaufwerte für baureifes Bauland (EUR je qm)	109,48	130,03	+18,8%
Geschäftsgebiet	187,17	281,85	+50,6%
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet gemischt	121,68	154,46	+26,9%
Wohngebiet	141,21	143,70	+1,8%
Industriegebiet	29,29	28,66	-2,2%
Dorfgebiet	22,49	34,47	+53,3%
Index des Auftragseinganges im Baugewerbe (Wertindex 2005 = 100) ¹	März		Veränderung gegen Vorjahr
	2011	2012	
Hoch- und Tiefbau	137,0	149,4	+9,1%
Wohnungsbau	144,1	153,4	+6,5%
Wohnungsbaugenehmigungen ¹	Januar bis April		Veränderung gegen Vorjahr
	2011	2012	
Genehmigungen insgesamt (einschl. Bestandsmaßnahmen)	67.891	67.138	-1,1%
dar.: Wohnungen (Neubau) in Einfamilienhäusern	29.884	26.306	-12,0%
Wohnungen (Neubau) in Zweifamilienhäusern	5.462	5.320	-2,6%
Wohnungen (Neubau) in Mehrfamilienhäusern	23.679	25.051	+5,8%
davon: Eigentumswohnungen	13.753	15.066	+9,5%
Mietwohnungen	9.926	9.985	+0,6%

Quelle: Statistisches Bundesamt © GdW Beckmann

¹ Die Wohnungsbaufertigstellungen werden nur noch jährlich vom Statistischen Bundesamt gemeldet. Die Fertigstellungen für 2010 wurden mit dem Aktuellen Zahlenspiegel August 2011 veröffentlicht.

vdw Sachsen begrüßt neues Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetz

Dresden – Der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Sachsen (vdw Sachsen), nimmt mit Erleichterung die Verabschiedung des Sächsischen Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetzes (Sächs-BeWoG) zur Kenntnis. Verbandsdirektor Siegfried Schneider erinnerte an den langwierigen Entstehungsprozess. Gerade für Menschen mit besonderem Hilfebedarf sei das Gesetz wichtig, weil es auch ihre Rechte stärke. Außerdem gebe es nun eine klare Definition des Begriffs der „Stationären Einrichtung“. „Wir sind uns mit dem Gesetzgeber einig, dass angesichts immer differenzierterer Wohnformen dringender Handlungsbedarf bestand, das ‚Betreute Wohnen‘ von einer ‚Stationären Einrichtung‘ abzugrenzen“, so Schneider. Durch die neue Regelung unterliegt das betreute Wohnen diesem Gesetz nun nicht mehr. Angesichts der demografischen Entwicklung sehen die im vdw Sachsen vertretenen Unternehmen neue Wohnformen für ältere Menschen, für Pflegebedürftige und für Menschen mit Behinderungen als eine wichtige Aufgabe an. „Wir wissen, dass die allermeisten älteren Menschen auch im Falle von Hilfebedürftigkeit am liebsten in ihrer angestammten Wohnumgebung bleiben wollen. Deshalb werden neue Wohnformen im Sinne des betreuten Wohnens in den Quartieren zunehmend nachgefragt. Dieses Gesetz gibt dafür Klarheit. Und die Unternehmen finden hier Rechtssicherheit für ihre künftigen Planungen“, lobte Schneider. *(schn/wielschi)* ■

Sächsische Wohnungsgenossenschaften für regenerative Energieerzeugung ausgezeichnet

Dresden – Der Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften (VSWG) und der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Sachsen (vdw Sachsen) wurden am 21. Juni 2012 von der envia Mitteldeutsche Energie AG (enviaM) für den besonderen Einsatz bei der Förderung regenerativer Energieerzeugung ausgezeichnet. Die Mitglieder des VSWG – die sächsischen Wohnungsgenossenschaften – kaufen Umweltzertifikate des „Renewable Energy Certificate System“ (RECS). Diese RECS-Zertifikate garantieren die Einspeisung umweltfreundlich erzeugten Stroms. „Wir übernehmen durch die Zusammenarbeit mit der envia Mitteldeutsche Energie AG eine aktive Rolle beim Umweltschutz sowie der CO₂-Reduktion und freuen uns über die Auszeichnungsurkunde“, so Dr. Axel Viehweger, Vorstand des VSWG. *(jak/schi)* ■

Gebäudemanagement

12. Juli 2012, Berlin

Wer hat bei Gebäudemanagement, Handwerkerverträgen, Dienstleistungsverträgen und Hausmeisterdiensten noch keinen Ärger gehabt? In diesem Seminar werden viele Fragen von den Vertragsabschlüssen über Ausführung bis zur Gewährleistung geklärt. Gleichzeitig werden bestimmte Bereiche näher betrachtet, wie zum Beispiel Schnee- und Glättebekämpfung, Pflege der Außenanlagen und Kinderspielflächen.

Weitere Infos: BBA, Nico Krüger, Telefon: 030/23085521, Internet: www.bba-campus.de/kalender

Rating und Basel III

12. Juli 2012, Hannover

Dieses Seminar vermittelt einen Überblick über die Kriterien und die Vorgehensweise eines Ratings zur Unternehmensbewertung im Rahmen der Kreditmittelbeschaffung. Des Weiteren wird erläutert, wie sich die Vorgaben des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht auf die Unternehmensfinanzierung auswirken und wie sich Unternehmen auf die anstehenden Veränderungen vorbereiten können.

Weitere Infos: vdW Niedersachsen Bremen, Annegret Dettmer, Telefon: 0511/1265125,

E-Mail: a.dettmer@vdw-online.de

Bauüberwachung und Abnahmen

17. Juli 2012, Nürnberg

Das Bauen im Bestand stellt auch bei kleineren Baumaßnahmen und Gewerken besondere Anforderungen an die Bauüberwachung, Übergabe, Dokumentation und Abnahme. Sehr oft müssen diese Aufgaben Verwalter oder Hausmeister übernehmen. Über die Abnahme muss unbedingt ein schriftliches Protokoll erstellt und entdeckte Mängel aufgenommen werden. Was beachtet werden muss bei der Vorbereitung und Durchführung, wird in diesem Seminar vermittelt.

Weitere Infos: VdW Bayern, Katja Kaiser-Himmelsbach, Telefon: 089/290020302,

Internet: www.vdwbayern.de

Change Management

30. August 2012, Bochum

Wenn sich die Gegebenheiten verändern, dann müssen sich die Unternehmen anpassen. Wem das am besten gelingt, der wird gegenüber der Konkurrenz immer im Vorteil sein. Im Rahmen dieses Seminars werden den Teilnehmern Wege aufgezeigt, wie man Mitarbeiter für das Neue aktivieren kann, was bei der Umsetzung zu beachten ist und welche Maßnahmen und Instrumente sich in Veränderungsprozessen bewähren.

Weitere Infos: EBZ, Lucia Giusi Schaffelke, Telefon: 0234/9447509, E-Mail: l.schaffelke@e-b-z.de

PERSÖNLICHES

Jürgen Hesse, Vorstandsmitglied der Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft Dresden eG, feierte am 25. Juni 2012 seinen 60. Geburtstag. Er ist Delegierter zum GdW Verbandstag.

Anzeige

DR. KLEIN
DIE PARTNER FÜR IHRE FINANZEN

Konditionen am 26.06.2012 für wohnungswirtschaftliche Finanzierungen:

Zinsbindung	Sollzins	effektiv
5 Jahre	1,86%	1,88%
10 Jahre	2,52%	2,55%
15 Jahre	2,90%	2,94%

Bedingungen: Erststellige Grundschuld auf wohnungswirtschaftlichen Objekten
Beleihungsauslauf 60%
Darlehensbetrag: > 250 TEUR/Objekt
Auszahlung: 100%, Tilgung: 1% p. a.
3 Monate bereitstellungszinsfrei
keine Gutachterkosten oder Bearbeitungsgebühren

Zinsentwicklung bis 26.06.2012
Bestkundenkonditionen (Sollzins) der Partner von Dr. Klein

Zurückliegende Veröffentlichungen zur Zinsentwicklung finden Sie unter www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html
Quelle: Dr. Klein & Co. AG, Hansestraße 14, 23558 Lübeck, Tel. (0451) 1408-1200, www.drklein.de

IMPRESSUM**wi Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:

Katharina Burkardt

Redaktion:

Klaus Schrader, Andreas Schichel

Anschrift der Redaktion:

Mecklenburgische Straße 57

14197 Berlin

Tel. 030 82403-151

Fax 030 82403-159

E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:

Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Munzinger Straße 9

79111 Freiburg

Standort Hamburg

Tangstedter Landstraße 83

22415 Hamburg

Tel. 040 520103-0

Fax 040 520103-12

Aboverwaltung:

Tel. 0180 5050169*

Fax 0180 5050441*

E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

*0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz,

max. 0,42 €/Min. mobil. Ein Service von dtms.

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:

107 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand

Erscheinungsweise wöchentlich, Abbestellungs- und Abbestellungsbedingungen sind schriftlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Nachdruck oder elektronische Weiterverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

wi Online-Archiv

Die Web-Präsenz der wi ist umgezogen. Sie finden sie unter www.haufe.de/immobilien in der Fußzeile „Zeitschriften“.

Um das komplette Online-Archiv einsehen zu können, melden Sie sich unter „ZUM LOGIN“ (oben rechts) an. Gegebenenfalls müssen Sie hier ein neues Passwort einrichten.

Abonnenten können die wi-Ausgaben als Blätter-PDFs einsehen und anhand von Suchbegriffen recherchieren.

Bei Problemen mit der Anmeldung hilft das Haufe-Service-Center unter **0800-7234249** (kostenlos) gern weiter.

GdW veröffentlicht Stellungnahme zum Mess- und Eichgesetz

Der GdW hat zum Entwurf eines Gesetzes über das Inverkehrbringen und Bereitstellen von Messgeräten, deren Verwendung und Eichung sowie über Fertigpackungen (Mess- und Eichgesetz – MessEG) – speziell zu § 25 Absatz 3 – Stellung genommen. Aus Sicht der Wohnungswirtschaft ist vor der Einführung der geplanten extrem aufwendigen Anzeigepflicht dringend zu warnen. Die Kostenschätzung im Gesetzentwurf ist weit von der wohnungswirtschaftlichen Realität entfernt. Diese neue Informationspflicht wird für die Mehrfamilienhäuser bei circa 5,8 Millionen jährlich zu erneuernden Messgeräten zu zusätzlichen Bürokratiekosten von

12 Millionen Euro führen. Eine ähnliche Anzeigepflicht wurde im Jahr 2011 mit der novellierten Trinkwasserverordnung für circa zwei Millionen Heizungsanlagen in Mehrfamilienhäusern mit zentraler

Warmwasserbereitung geschaffen. Nachdem sich gezeigt hat, dass die Gesundheitsämter diese Menge praktisch nicht bewältigen können, ist mit der derzeit laufenden Novelle der Trinkwasserverordnung die Abschaffung dieser Meldepflicht nur ein Jahr nach ihrer Einführung geplant. Die im MessEG vorgesehene Anzeigepflicht sollte aus Sicht des GdW dringend gestrichen werden.

► **Die ausführliche Stellungnahme des GdW finden Sie in Kürze unter www.gdw.de**

Neues im GdW-Youtube-Kanal

Für alle, die nicht dabei sein konnten – und für diejenigen, die das Erlebte nochmal Revue passieren lassen möchten: Der Genossenschaftskongress des GdW zum Internationalen Jahr der Genossenschaften vom 14. Juni 2012 sowie die Jahrespresskonferenz vom 18. Juni 2012 wurden filmisch

dokumentiert – die Videos dazu finden Sie im Youtube-Kanal des GdW unter www.youtube.com/gdwverbund. Direkt zu den beiden Videos gelangen Sie, wenn Sie mit Ihrem Smartphone die beiden nachfolgenden QR-Codes einscannen (kostenlose Apps zum Scannen gibt es im Internet):



Video zur Jahrespresskonferenz 2012 des GdW



Video zum Genossenschaftskongress 2012 des GdW

Recht so

Haftung bei vorzeitigem Herausstellen von Sperrmüll

Das Amtsgericht Neustadt (Az.: 55 C 1520/11) hatte über die Klage eines Pkw-Eigentümers zu entscheiden, an dessen Fahrzeug durch an einer Straße abgestellten Sperrmüll ein Lackschaden entstanden war. Entgegen den klaren Vorgaben der Abfallbeseitigungsgesellschaft stellte die Beklagte ihren Sperrmüll nicht am Morgen des Abholtages, sondern bereits am Nachmittag des Vortages heraus, damit sich Interessenten aus den zum Teil brauchbaren Gegenständen etwas heraussuchen konnten. Das direkt neben dem Sperrmüll geparkte Fahrzeug des Klägers wurde durch Teile des Mülls beschädigt. Nicht aufgeklärt werden konnte, ob der Sperrmüll zu dicht am Fahrzeug des Klägers abgestellt oder ob das Fahrzeug des Klägers erst geparkt wurde, als der Sperrmüll bereits herausgestellt worden war und dann durch unbekannte Dritte beschädigt wurde. Nach Auffassung des Gerichts kam es hierauf nicht an. Die Beklagte hatte ihre Verkehrssicherungspflicht dadurch verletzt, dass sie den Müll zu früh herausstellte. Sie wurde zum Ersatz des Schadens verurteilt.

EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Die Entscheidung des Amtsgerichts verdient deshalb Erwähnung, da man sich in der Praxis häufig über Abholzeiten von Sperrmüll hinwegsetzt beziehungsweise sich gar keine Gedanken darüber macht. Die klaren Vorgaben machen aber Sinn – das zeigt der hier besprochene Sachverhalt. Setzt man sich gegen die Vorgaben der Abfallbeseitigungsgesellschaft hinweg, so kann man bei Schäden durchaus wegen Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht zur Verantwortung gezogen werden. Natürlich ist dies immer vom Einzelfall abhängig. Infolge des geringen Streitwertes war hier auch keine Berufung möglich. Gleichwohl sollten entsprechende Hinweise in Erwägung gezogen werden. Denn nur die Wenigsten sind sich der möglichen Konsequenzen eines vorzeitigen Herausstellens von Sperrmüll bewusst.“



Foto: Sebastian Schobbert

ZAHL DER WOCHE

68,7

Mal so hoch wie das Welt-Bruttoinlandsprodukt

(Welt-BIP) lag 2010 das Volumen der Finanztransaktionen. Nach Zahlen der Bank of International Settlement wuchs der globale Finanzhandel seit den 1990er Jahren exorbitant. Im Jahr 2010 erreichte das Volumen der Finanztransaktionen das 70-fache der Realwirtschaft mit ihrem Güter- und Dienstleistungsaustausch. Damit hat der Finanzhandel 2010 auch in etwa wieder die Größenordnung des Jahres 2007 vor dem Platzen der Finanzblase erreicht. Zum Vergleich: Im Jahr 1990 betrug der globale Finanzhandel erst das 15-fache des Welt-BIPs. Vor allem der Boom der Derivate-Märkte ist für diese Entwicklung verantwortlich. Das Handelsvolumen von Aktien und Anleihen erreichte 2010 gerade mal das 1,7-fache der realwirtschaftlichen Weltproduktion.